VAdM-Kurier

34. Ausgabe: Mai 2022
Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e. V.

Herzlich willkommen zur 34. Ausgabe unseres „VAdM-Kuriers“ im Mai 2022

Inhalt:

editorial	Seite 1
Pressemitteilung AfD-Nordsachsen	Seite 2
Kleine Anfrage zu Galizien der AfD-LT-Fraktion Rheinland-Pfalz	Seite 2
Schwerpunktthema: Ukraine	Seite 3
Kulturzentrum der dt. Minderheit in Mariupol beschädigt	Seite 3
Der Ukraine-Krieg und die Donauschwaben	Seite 3
Brief eines Landwirt aus Oberschlesien	Seite 5
Amerikas Viruskrieg	Seite 6
Ukraine im Fokus: Mehr als nur „Kornkammer“	Seite 7
Die Ukraine sitzt auf riesigen Gasreserven	Seite 8
Rückblick: Neuer Gaskrieg mit Rußland	Seite 9
Verheerende Hungersnöte in der „Kornkammer Europas“	Seite 11
„Von der Heide“ (1937): Muss Rußland hungern	Seite 11
Reichsgründung: (1871) Weg zum Zollverein (Teil 10)	Seite 13
Der letzte Zwangsarbeiter	Seite 14
Buchvorstellung: Ein Herd der Feindschaft gegen Rußland	Seite 15
Reiseziele/Impressum	Seite 16

editorial

Die Hafenstadt Mariupol am Asowschen Meer wurde den letzten Agenturberichten nach von den russischen Streitkräften erobert. Diese Stadt scheint für beide Konfliktparteien eine Symbolkraft zu haben, denn man setzte – ohne Rücksicht auf Verluste – alle vorhandenen Kräfte zu deren Beherrschung ein.

Im Laufe der Kämpfe um Mariupol wurde auch das deutsche Kulturzentrum stark beschädigt; Näheres ist schon wegen der Flut von Informationen und Desinformationen in diesem Konflikt nicht zu erfahren.

Die deutsche Bundesregierung hat den inzwischen über 700 000 ukrainischen Flüchtigen den Flüchtlingsstatus und eine Grundsicherung zugesichert. Es ist eine Entscheidung, die offensichtlich nicht auf die volle Gegenliebe der ukrainischen Seite trifft, denn es kann nicht deren Ziel sein, die Flüchtlinge, die für den Wiederaufbau – dessen Kosten noch gar nicht abzuschätzen sind – benötigt werden, in den deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren.

Die Staatenwelt wäre gut beraten, endlich einen Friedensprozeß im Format der KSZE einzuleiten, denn neben dem Kriegsleid droht eine globale Inflation, Rezession und weitere Hungersnöte.

Vadim Derksen *Herbert Karl*

Heimweh

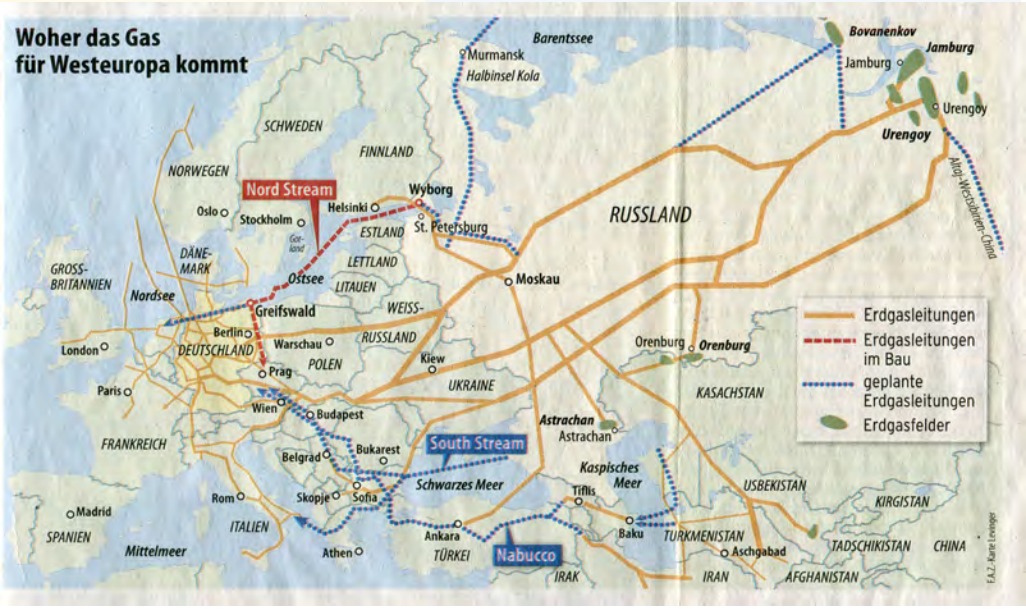
Wer in die Fremde will wandern,
Der muß mit der Liebsten gehn,
Es jubeln und lassen die andern
Den Fremden alleine stehn.

Was wisset ihr, dunkele Wipfel,
Von der alten, schönen Zeit?
Ach, die Heimat hinter den Gipfeln,
Wie liegt sie von hier so weit!

Am liebsten betracht ich die Sterne,
Die schienen, wie ich ging zu ihr,
Die Nachtigall hör ich so gerne,
Sie sang vor der Liebsten Tür.

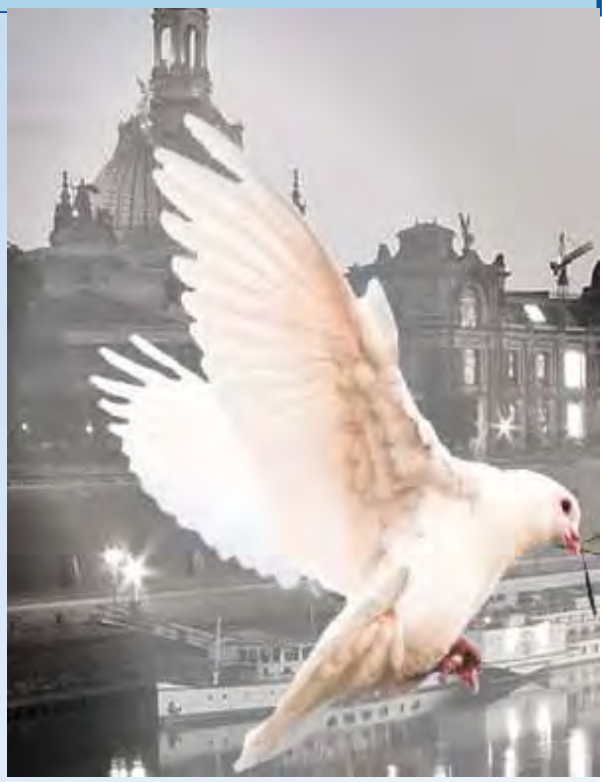
Der Morgen, das ist meine Freude!
Da steig ich in stiller Stund
Auf den höchsten Berg in die Weite,
Grüß dich, Deutschland, aus Herzensgrund!

Joseph von Eichendorff



Aktualität

Friedens-Engagement der Nordsachsen unterstützen und Kriegsursachen ehrlich benennen!



Diese Pressemitteilung wurde der regionalen Presse zur Verfügung gestellt und von dieser nicht veröffentlicht!

Die neue Torgauer Friedenstaube erfreut sich großer Beliebtheit. Zugleich wollen zahlreiche private Haushalte in Nordsachsen ukrainische Flüchtlinge aufnehmen. Die nordsächsische Landtagsabgeordnete Gudrun Petzold erklärt dazu:

Pressemitteilung vom 11.3.22

„Die große Unterstützung für Kriegsflüchtlinge in Nordsachsen spricht für die Hilfsbereitschaft unserer Bürger! Ich hoffe zugleich, dass dieses Engagement nicht durch Wirtschaftsmigranten, die sich nun zunehmend unter den Tross aus der Ukraine mischen, ausgenutzt wird. Denn der Wille zum russisch-ukrainischen Frieden ist in unserem Landkreis zweifelsohne sehr stark.

NATO hat Versprechen gebrochen Um einen dauerhaften Weg für den Frieden in der Ukraine zu ebnen, müssen auch die Ursachen des Kriegs umfassend benannt werden. Hierzu gehört zum Beispiel, dass, wie es Gregor Gysi (LINKE) bereits in der vergangenen Legislaturperiode im Bundestag ausgesprochen hat, die Feststellung, dass die NATO ihre Versprechen gegenüber der Russischen Föderation gebrochen hat! So sollten wir auch nicht vergessen, dass 1990 der US-Außenminister Baker Noch-Sowjet-Staatspräsident Gorbatschow versicherte, dass die NATO ‚nicht einen Zoll nach Osten' erweitert werden würde.

Deutschland als „ehrlicher Makler" gefragt Außerdem sollte uns auch zu denken geben, dass die USA in der Ukraine ‚biologische Forschungseinrichtungen' unterhalten, wie US-Außenstaatssekretärin Victoria Nuland selbst im US-Senat eingestanden hat (siehe ‚Welt' vom 9.3.22). Solch zweifelhaftes Engagement der USA in der Ukraine trägt nur zur militärischen Eskalation bei!

Ich bleibe dabei: Deutschland sollte endlich als ‚ehrlicher Makler' – in der Tradition Bismarcks – im Ukraine-Konflikt vermitteln. Dresden wäre, wie von der sächsischen AfD-Fraktion vorgeschlagen, hier ein idealer Verhandlungsort für beide Kriegsparteien. Ost und West können den Frieden nur durch eine gemeinsame Diplomatie sichern!"

Gudrun Petzold
Mitglied im Sächsischen Landtag
Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Martin Louis Schmidt (AfD)

Rheinland-Pfalz und die Galiziendeutschen

Allein zwischen den Jahren 1782 und 1785 zogen rund 15 000 Personen, vorwiegend aus der Pfalz, nach Galizien. Viele Galiziendeutsche haben pfälzische Wurzeln. Deshalb war es folgerichtig, daß die galiziendeutschen Sammlungsbestände in Kaiserslautern im Institut für pfälzische Geschichte und Volkskunde aufbewahrt wurden. Im Jahr 2011 übernahm diesen Archiv- und Bibliotheksbestand allerdings die Martin-Opitz-Bibliothek in Herne. Der gegenwärtige russische Angriffskrieg rückt die ehemaligen deutschen Siedlungsgebiete auf dem heutigen Gebiet der Ukraine wieder stärker ins Bewußtsein.
Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:
1. Welche Rolle spielen die Galiziendeutschen heute im Institut für pfälzische Geschichte und Volkskunde in Kaiserslautern?
2. Inwieweit wird seitens der Landesregierung noch oder wieder Verantwortung für die Pflege des Geschichtsbewußtsein zur Erinnerung an jene Pfälzer wahrgenommen, die nach Galizien ausgewandert sind?

Martin Louis Schmidt

Schwerpunktthema: Ukraine

Im Ukrainekrieg ist auch drei Monate nach dem Beginn der russischen Invasion kein Ende abzusehen. An dieser Stelle setzen wir unsere Streiflichter über diesen Konflikt weiter fort. Die Red.

Ukraine: Kulturzentrum der deutschen Minderheit in Mariupol zerstört

„Seit Beginn des russischen Angriffskrieges ist Mariupol schwer umkämpft. Mittlerweile sind große Teile der Stadt zerstört, viele Häuser gleichen Ruinen. Mariupols Bürgermeister Wadym Bojtschenko warf dem russischen Militär bereits Anfang April vor, rücksichtslos vorzugehen und ganze Wohngebiete ohne Rücksicht auf Zivilisten dem Erdboden gleichzumachen.

Zu den zerstörten Gebäuden gehört auch der Sitz der „Gebietsgesellschaft der Deutschen Wiedergeburt in Mariupol“, einer Organisation, welche vom „Rat der Deutschen der Ukraine“ (RDU) koordiniert wird, der die Interessen der über 30.000 Angehörigen der deutschen Minderheit in der Ukraine vertritt.

In mehr als 60 ukrainischen Städten und Dörfern befinden sich derartige deutsche Kulturzentren, in welchen die deutsche Sprache und Geschichte unterrichtet werden. Die Zentren bieten zudem kulturelle Angebote wie beispielsweise Zirkel für Kunst, Theater und Tanz an.

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten Berlin (AGDM) berichtete jüngst über den Zustand des Sitzes der deutschen Minderheit in Mariupol und veröffentlichte Bilder eines ausgebrannten Gebäudes, in dem sich das deutsche Kulturzentrum befunden hatte.

Dazu erklärt Joachim Paul, Mitglied im AfD-Bundesvorstand:

»Schon vor Wochen hat die AfD auf das Schicksal der deutschen Minderheit hingewiesen und die Bundesregierung aufgefordert, auf Sicherheitsgarantien für unsere Landsleute zu drängen. Mittlerweile hat sich die Lage dramatisch zugespitzt.

Die Zerstörung der Vertretung der deutschen Minderheit muss der Bundesregierung endlich Grund genug sein, sich diesbezüglich öffentlich wahrnehmbar einzusetzen. Dabei muss nicht nur die Zerstörung der Einrichtung, sondern auch der Verbleib der Deutschen in der Region aufgeklärt werden.

Die russische Armee ist in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass alle Zivilisten die Stadt unbeschadet über grüne Korridore verlassen können. Darüber hinaus ist allen Bürgern Mariupols die völlige Bewegungsfreiheit zu gewähren«“.

Quelle: https://christlichesforum.info/ukraine-kulturzentrum-der-deutschen-minderheit-in-mariupol-zerstoert/

Der Ukraine-Krieg und die Donauschwaben

von Oswald Hartmann

„Seit dem 24. Februar 2022 tobt in der Ukraine ein erbarmungsloser Krieg. Leidtragend ist diesmal das ukrainische Volk. Vor genau 78 Jahren waren unschuldige Donauschwaben Opfer der damaligen Sowjetunion, die erbarmungslos Menschen aus der Batschka und dem Banat zur Zwangsarbeit in die Ukraine verschleppt hat.

Unsere Leserin Rita Prost, geborene Pertschy, die aus dem Ort Filipowa in der Batschka stammt, verfolgt täglich die Ereignisse in der Ukraine. Auch ihr Vater Josef Pertschy, der 1905 in Filipowa geboren wurde, gehörte zu den Ende 1944 verschleppten Donauschwaben. Der Vater wurde Opfer der schweren Arbeit, schlechten Ernährung und noch schlechteren Bekleidung. Er starb und wurde in einem Wald bei Charkow einfach begraben.

Frau Prost schreibt: *„Dieser Ukraine-Krieg geht mich jetzt auch etwas an. Jeden Tage sehe ich Bilder vor mir, wie mein Vater damals arbeiten und mit Sehnsucht nach seinen Lieben zu Hause sterben musste. Er, der ohne Grab dort verscharrt wurde, hat es verdient, dass ich mich an ihn erinnere.“*

Fortsetzung auf S. 4

Fortsetzung von S. 3

Frau Prost hat der Redaktion aus dem Buch „Filipowa – Bild einer donauschwäbischen Gemeinde“, Band 6, einige Auszüge geschickt, um zu zeigen, wie mit unschuldigen Menschen schon vor 78 Jahren umgegangen wurde, ohne daß sich kommunistische Täter irgendwann dafür verantworten mußten.

Hier einige Auszüge aus dem Buch:

„Die zur Zwangsarbeit in der Sowjetunion bestimmten Jugoslawiendeutschen wurden um die Jahreswende 1944 auf 1945 deportiert. Davon war vor allem die im Banat und in der Batschka und Baranya ansässige Bevölkerung betroffen. Die Ausführung der Aktion, die Erfassung der arbeitsfähigen Jahrgänge sowie der Transport zu den Verladebahnhöfen lag in den Händen der Partisanenkommandos. Die Musterung auf Arbeitstauglichkeit wurde in der Regel kurz vor dem Abtransport durch russische Kommissionen vorgenommen.

Das Schicksal der Deportierten aus Filipowa

Am 25. und 28. Dezember 1944 wurden 54 Männer (zwischen 17 und 44 Jahren) und 185 Frauen (zwischen 16 und 36 Jahren), insgesamt 239 Personen aus Filipowa in die Sowjetunion deportiert. Sie wurden zu Stalins Reparationssklaven. Der älteste Mann zählte 43, einige der jüngsten Männer waren 19 Jahre. Bei den Frauen gehörten die ältesten dem Jahrgang 1916, die jüngsten dem Jahrgang 1926 an. Am 27. Dezember mußten sie sich in einem langen Nachtmarsch nach Apatin (ca. 32 km) einfinden. Von dort ging ihr Eisenbahntransportzug am 29. Dez. 1944 in einen bei Charkow gelegenen Ort Namens Isjum, wo er wahrscheinlich am 21. oder 22. Januar 1945 eintraf. Die Letzten wurden im November 1949 entlassen. Es verstarben 28 Männer und 25 Frauen, somit 53 Personen (das sind 22 Prozent).

Einige Streiflichter aus den Berichten von Anna Urich und Anna Wildmann

Am 7. Februar 1945 wurden wir in den Wald geführt, unsere Arbeitsplätze wurden uns gezeigt. Über drei volle Stunden waren wir in dem weglosen weiten Schnee unterwegs. Wir hatten jetzt folgende Tagesordnung: Um 4 Uhr wurden wir geweckt. Waschgelegenheit gab es keine. Jetzt folgte der Appell mit der Einteilung der Tagesarbeit und der Zählung der vorhandenen Arbeitskräfte. Dann wurden uns ein halber Liter Suppe und 500 Gramm fast ungenießbares schwarzes Brot verabreicht, das war alles bis zum Abend. Um 5 Uhr war Abmarsch in den Wald . . . Von 12 Uhr bis 1 Uhr war Mittagspause . . . Um 4 Uhr nachmittags ertönte der heißersehnte Schuß für Feierabend . . . Gegen 8 Uhr sahen wir endlich wieder unser Kirchlein (die Arbeitsgruppe war in einem aufgelassenen Kirchlein ein- quartiert) . . . Jetzt gab es einen halben Liter dünne Suppe, nach der wir uns auf unser Nachtlager zurückziehen konnten. Die Suppe wurde meist von Kraut, Gurken, ganz grob gemahlenem Mais und Haferkernen usw., aber ohne Fett gekocht.

Im Wald mußten die Männer mit einfachen Handsägen große Bäume absägen. Als die Männer schon dazu zu schwach waren, kamen Frauen an ihre Stelle . . . Die schweren Stämme mußten an verschiedenen Plätzen aufgestapelt werden. Das mußten die Frauen besorgen. Eines Abends, als wir auf dem Weg ins Lager waren, konnte der Wildmann Franz Vetter nicht mehr. Seine Füße hatten versagt. Man ließ ihn an einem kleinen Feuer liegen, um ihn mit einem Schlitten abzuholen. Doch für ihn kam jede Hilfe zu spät. Er starb alleine im Wald.

Am Karsamstag 1945 wurde die Auferstehungsfeier auf dem Heimweg zur Kirche nicht vergessen. Zuerst beteten wir gemeinsam den Kreuzweg, dann sangen wir verschiedene Fastenlieder. Beim Eintritt in die Kirche stimmten alle das „Großer Gott, wir loben Dich" an. Kein Auge blieb trocken. Der Gedanke an die Heimat machte uns dieses hohe Fest besonders schwer. Wir glaubten, es sei daheim alles halbwegs in bester Ordnung. Dabei wußten wir gar nicht, was die Angehörigen gerade in diesen Tagen alles mitmachen mußten . . .

Fortsetzung auf S. 5

Das Donautal–Magazin
Die weltweite Stimme der Donauschwaben
(Banater Schwaben, Ungarndeutsche, Deutsche aus dem ehemaligen Jugoslawien)
und anderer deutscher Vertriebener und Flüchtlinge
Jahrgang 46 – Nummer 222
vom 1. Mai 2022
ISSN 0177-0845 Verlagsort Sersheim
WELS,
DIE PATENSTADT DER HEIMATVERTRIEBENEN IN ÖSTERREICH
FEIERT 800 JAHRE IHRES BESTEHENS
Daueraussstellung der Donauschwaben im Museum der Welser Burg, die Kaiser Maximilian I. (*22.3.1459 - †12.1.1519), genannt der letzte Ritter, als Residenz gedient hat (siehe hierzu auch Seiten 3 und 12 ff). (Foto: J. Springer)
Besuchen Sie die größte donauschwäbische Online-Buchhandlung
www.donauschwaben-hartmann-verlag.de,
in der Sie eine große Auswahl an Büchern über Donauschwaben und andere deutsche Vertriebene finden.

Fortsetzung von S. 4

Es folgte ab Sommer 1945 die Arbeit beim Flugplatz Osnowo. Im Jahre 1945 bis Ende 1947 sind in diesem Lager über 20 Filipowaer gestorben . . . Der Tod von Maria Schroft hat uns besonders hart getroffen. Ein Leutnant, der sich von ihr beleidigt fühlte, hat sie als Strafe in ein kleines Bretterhäuschen eingesperrt, in dem die nackten Toten bis zur Beerdigung lagen. Maria war damals 20 Jahre alt. Wir haben sie nicht mehr gesehen.

Im Dezember 1946 wurde das Lager in Osnowo aufgelöst, auch die Filipowaer kamen Januar 1947 nach einem kurzen Intermezzo in einer Flugzeugfabrik in die Panzerfabrik von Charkow.

Erst im November 1949 wurden die letzten Filipowaer entlassen. Ihr Transport ging nach Frankfurt/Oder und von hier in das Lager Hof-Moschendorf. Die Suche nach einer neuen Heimat und eine Ungewißheit über die Zukunft stand bevor."

Herr Oswald Hartmann ist Hauptredakteur der Zeitschrift „Das Donautal-Magazin"; dieser Beitrag erschien am 1. Mai 2022, Jahrgang 46 – Nummer 222, S. 10f.
Die Red.

Auszug aus „Das Grüne Blatt" dem Sprachrohr des *Heimatverdrängten Landvolk – Bauernverband der Vertriebenen e. V.*

„Ein Brief aus Oberschlesien vom Landwirt M. S.

[. . .] Ein Idiot will die ganze Welt zerstören. Ein Krieg – man hat nie gedacht, daß so etwas passiert. Sehr brutal handelt der Putin. Ein älterer Herr aus Polen sagte mir, daß im Zweiten Weltkrieg, als die Deutschen durchgezogen sind durch die polnischen Dörfer alles unzerstört blieb, und in der Ukraine wird vergewaltigt, getötet und alles bombardiert. Wir können nur hoffen, daß der Alptraum bald endet. In Polen wurden in 10 Tagen 1 Million Flüchtlinge aufgenommen. Die ganze Wirtschaft ist ein reines Chaos mit großer Inflation usw. In 3 Wochen habe ich hier eine kleine Gruppe von Landwirten aus Westfalen, welche Kontakte aufnehmen möchten. [. . .]

Ein polnischer »landwirtschaftlicher Trainee« ist schon [aus Deutschland] zurück. Es hat ihm sehr gefallen. Er hat viel gelernt, auch Menschen kennengelernt und eine große Bagage Erfahrungen, Informationen und Wissen mitgebracht. Der Covid, welcher auch in der Gruppe der Teilnehmer anwesend war, hat ein bißchen das Programm geändert aber trotzdem ist er zufrieden [. . .]

Bei uns ist sonst alles o k außer den Preisen für Diesel und Handelsdünger. Letzterer ist 500 Prozent teurer usw. Wir denken, daß die EU auf die geplanten neuer Anordnungen für die Landwirtschaft erstmal verzichten müßte, denn meiner Meinung nach können wir uns eine Begrenzung der Lebensmittelproduktion nicht leisten.

Für heute ist dies alles, denn es ist schon spät. Ich wünsche Ihnen allen gute Gesundheit und vor allem dass wir wieder in Frieden leben können."

M. S.
(der Name wurde von der Redaktion geändert)

Quelle: HvL – BvdV, Ausgabe 2/2022, S. 6.

Bild: alte Oberschlesienkarte

Amerikas Viruskrieg: COVID stammt vermutlich aus einem US-Biowaffen-Labor in der Ukraine

von Thomas W. Wyrwoll

Am 4. Mai 2022 hat die britische Enthüllungs-Internetseite „The Exposé“ eindeutige Belege dafür veröffentlicht, daß das COVID-19-Virus aus US-Biowaffen-Laboren stammt. Aufgefallen war den Autoren zunächst ein Eintrag auf der US-Regierungsseite „USA Spending“. Dieser bezog sich auf eine Zuwendung des Verteidigungsministeriums für eine explizit so bezeichnete „COVID-19-Forschung“ in Kiew am 12. November 2019. Die Erkrankung wurde der Welt aber erst an den beiden Tagen des Jahreswechsels 2019/2020 bekannt, und das Virus erhielt seinen jetzigen Namen gerade einmal am 11. Februar 2020 – also drei Monate nach dem Eintrag mit seinem verräterischen Titel.

US-Militär arbeitete an „COVID-19“,
bevor es dieses Virus überhaupt „gab“

Bereits 2012 hatte das Ministerium laut „USA Spending“ damit begonnen, die amerikanische Baufirma „Black & Veatch Special Projects Corp“ großzügig für ein „Programm zur Reduzierung Biologischer Risiken in der Ukraine“ zu fördern, wobei das Geld dann in über 100 Unterprojekten und teils explizit für die Einrichtung von Laboren „nach Kyiv“ weitergeleitet wurde – einer der Empfänger wurde sieben Jahre später das erwähnte COVID-Projekt der u. a. in Kiew ansässigen US-Firma „Labyrinth Global Health Inc.“. Deren Chefin Karen Saylors wirkte schon 2009 an einem Coronaviren-Programm der US-Regierungsbehörde USAID an der Seite der Nachrichtendienst-Vorfeldorganisation EcoHealth Alliance mit, welche der Verfasser dieser Notiz Anfang 2020 als einen der wichtigsten Protagonisten des globalen COVID-Systems ansprach. „EHA“ wurde auch beim neuen Kiewer Projekt primärer Partner von Labyrinth – ebenso wie die Firma „Metabiota“ des zuvor beim US-Verteidigungsministerium federführenden Virologen Nathan Wolfe – übrigens eines „Young Global Leaders“ des von der CIA geschaffenen und zentral in die COVID-Agenda involvierten sog. Weltwirtschaftsforums.

Angesichts der Tatsache, daß das COVID-19-Virus augenscheinlich auf eine hohe Verbreitungsrate unter Menschen hin optimiert wurde, sind die o. g. Tatsachen nicht durch ein amerikanisches Vorab-Wissen über „wilde“ Coronaviren zu erklären, sondern allein durch eine Herstellung des Virus’ als „Biowaffe neuen Typs“ in einem US-Labor. Auch wenn es sich dabei wegen des anzunehmenden Charakters als „Chefsache“ mit einiger Wahrscheinlichkeit um genau jenes von Labyrinth gehandelt haben sollte, hätten allein in der Ukraine potentiell noch mindestens 12 weitere von „The Exposé“ benannte und vom amerikanischen Verteidigungsministerium bzw. dessen Agenturen finanzierte sowie laut zwischenstaatlichen Verträgen exterritoriale US-Biolabore zur Verfügung gestanden, die sich grundsätzlich für die Entwicklung solcher Biowaffen geeignet haben würden. Unter maßgeblicher Steuerung durch US-Kräfte hat man hernach jene mehr als leicht erkennbare globale Corona-Agenda geschaffen, von der man sich einen nützlichen Paradigmenwechsel der Weltpolitik versprach.

Daß die wiederholte „Durchstechung“ von für das Verständnis dieser Zusammenhänge wesentlichen Fakten durch zumindest mutmaßliche Vertreter des Geheimdienstmilieus aus dem Vereinten Königreich – wie hier die auffallenderweise nicht vom Netz genommene Enthüllungsseite – Element einer im Hintergrund wirkenden höheren Ebene der Inszenierung durch das globale Herrschaftssystem sein dürfte, das auf eine von den Granden des Weltwirtschaftsforums offen propagierte Desavouierung und anschließende Abwicklung der in die Corona-Machenschaften verwickelten staatlichen Institutionen hinwirkt, und möglicherweise die erwartete Gefahr eines Einsatzes von in der Ukraine entwickelten Kriegsviren gegen Rußland und seine Verbündeten zur russischen Entscheidung für einen Militärschlag gegen das Nachbarland beigetragen haben könnte, liegt auf der Hand.

Recipient Name	Action Date	Amount	Description
ARKHITEKTURNO-BUDIVELNA GRUPA PALATIUM, TOV	10/22/2019	$75,235	OFFICE FURNITURE FOR KYIV AND ODESA ILDS
LABYRINTH GLOBAL HEALTH INC	11/12/2019	$369,511	SME MANUSCRIPT DOCUMENTATION AND COVID 19 RESEARCH
LABYRINTH GLOBAL HEALTH INC	11/12/2019	$50,000	TASK ORDER 1
BIOSAFE ENGINEERING, LLC	11/26/2019	$795,995	TISSUE DIGESTERS FOR KYIV AND ODESSA ILD

TheExpose.uk
TheExpose.uk

Schlagzeile vom 15. Mai 2022
Waffen auf dem Schwarzmarkt aus dem Ukraine-Krieg
Was zu befürchten war, ist offensichtlich eingetreten: Die am Anfang des Krieges von der ukrainischen Zelenskji-Regierung unter der Bevölkerung verteilten Waffen werden angeblich über eine verschlüsselte Messaging-App namens Telegram an internationale Kunden verkauft. Darunter sollen sich nicht nur ukrainischen Typen (wie alte AK-47 aus der Sowjetzeit), sondern auch in den USA hergestellte Gewehre (wie das M16 und M4) sowie Schußwaffen aus anderen NATO-Mitgliedstaaten (wie die ARX 160 A1 des italienischen Waffenherstellers Beretta) befinden.
Bereits Anfang des Jahres warnte eine kanadische NGO namens Project Ploughshares, daß Waffen aus dem Westen auf dem Schwarzmarkt landen könnten, wobei der Forscher Kelsey Gallagher sagte, es bestehe eine „echte Gefahr, daß die ukrainische Regierung diese Waffen möglicherweise nicht kontrollieren könnte“. Weiters fügte er hinzu: „Wann immer dieser Konflikt nachläßt… Diese Waffen werden nicht einfach verschwinden.“
https://unser-mitteleuropa.com/ukraine-krieg-zensurierte-fakten/

DIE UKRAINE IM FOKUS: Mehr als »Europas Kornkammer«

„Die wirtschaftlichen Schwerpunkte in der Ukraine sind unterschiedlich. Der Westen ist landwirtschaftlich geprägt. Im Osten des Landes findet sich Schwerindustrie.

Landwirtschaft

Die Ukraine hat mit 56% ihrer Landfläche den weltweit höchsten Anteil an Ackerboden. Mit einer dicken Schicht sehr fruchtbarer Schwarzerde überzogen, ist dieser von bester Qualität. Jährlich produziert die Ukraine rund 60 Millionen Tonnen Getreide, hauptsächlich Mais, Weizen und Gerste, wovon über 50% exportiert werden. Die Ukraine wird daher auch als die »Kornkammer Europas« bezeichnet. Der agrar-industrielle Komplex erwirtschaftet etwa 40% des Nationaleinkommens.

Bodenschätze

Das Land verfügt aber auch über enorme Bodenschätze. Im Osten (Anmerk. Red.: im Donezk-Becken) lagern Kohle, Eisenerz, Graphit und Mangan, im westlichen Gebiet Erdöl, Erdgas, Braunkohle, Kalium und Kalkstein. Nach Norwegen verfügt das Land über das zweitgrößte Erdgasvorkommen in Europa.

Die Erschließung der Gas- und Ölvorkommen könnten die Ukraine in Zukunft vom russischen Gas unabhängig machen. Die Annexion der Krim durch Rußland hat die Möglichkeiten dafür aber beschränkt. Fast 500 Öl- und Gasfelder – nutzbare und erkundete – sind durch die Abspaltung der Halbinsel erst einmal abhandengekommen. Nach russischen Schätzungen lagern auf der Krim 47 Millionen Tonnen Erdöl- und 165,3 Milliarden Kubikmeter Erdgasreserven. Mit ihren 39.800 Kilometer Erdgasleitungen und 13 unterirdischen Gasspeichern ist die Ukraine außerdem ein wichtiger Faktor für die Versorgung Europas mit Gas aus Rußland.

Die Ukraine ist das einzige europäische Land, in dem noch Uran abgebaut wird. Mit jährlich rund 800 Tonnen befindet sich die Ukraine an achter Stelle der Weltproduzenten.

Die Kohlevorkommen machen drei Prozent der weltweit nachgewiesenen Reserven dieses Rohstoffs aus. Sie sind im Donezker und im Lwiw-Wolyner Steinkohlebecken sowie in einem Braunkohlevorkommen entlang des Dnipro konzentriert.

Das Krywbas ist eine durch Eisenerzbergbau und Stahlindustrie geprägte Wirtschaftsregion im Zentrum der Ukraine. Es ist die wohl wichtigste Eisenerzregion Osteuropas. Die Ukraine befindet sich die Ukraine an sechster Stelle der Weltproduzenten.

Ebenfalls an sechster Stelle der Weltproduzenten befindet sich die Ukraine im Bereich des Titan-Abbaus. Schätzungen zufolge befinden sich 20% der Welttitanvorkommen in der Ukraine.

Gallium ist auf der Erde ein seltenes Element. Es wird als Nebenprodukt bei der Produktion von Aluminium oder Zink gewonnen und vor allem in der Hochfrequenztechnik verwendet. Die Ukraine ist der zweitgrößte Produzent von Gallium.

Die Ukraine verfügt auch über große Vorkommen an Rohstoffen, die für moderne Industriezweige benötigt werden. China liefert 98 Prozent der in der EU benötigten seltenen Erden. Die Liste der kritischen Rohstoffe der EU umfasst 30 Materialien. 21 dieser kritischen Rohstoffe können aber auch in der Ukraine gefunden werden.

QUELLEN:

www.wikipedia.org
www.mdr.de/heute-im-osten/ukraine-zahlen-und-fakten100.html
www.deutsche-rohstoffagentur.de
www.businesstoday.in
www.stahl-online.de“

Abruf (22. Mai 2022): Theresianische Militärakademie:
https://www.milak.at/news/detail/die-ukraine-im-fokus

Die Ukraine sitzt auf riesigen Gasreserven, die bisher vergessen gingen – sie könnten Europas Energieversorgung umkrempeln

Online-Beitrag der NNZ vom 20. Oktober 2020:
Gastkommentar von Anatoliy Amelin, Andrian Prokip und Andreas Umland:

„Einst war die Ukraine die Kornkammer Europas, und in einer wiederauferstandenen Landwirtschaft liegt viel Potential. Daß das riesige Land auch über beträchtliche Gasreserven verfügt, ist kaum bekannt. Sie könnten zu einem «game changer» werden.

Die laufenden Konfrontationen und Verhandlungen über verschiedene Routen russischer Gaslieferungen in die EU lenken vom ökonomischen Potential der ukrainischen Erdgasreserven sowie Gasspeicher und Biogasressourcen ab. Betrachtet man die gewaltigen Erdgasreserven im asiatischen Teil Rußlands als außereuropäische Lagerstätten, verfügt die Ukraine heute über die zweitgrößten bekannten europäischen Gasvorkommen. Ende 2019 enthielten die bis dahin erkundeten ukrainischen Lagerstätten 1,09 Billionen Kubikmeter Erdgas. Dies ist ein Betrag, der innerhalb Europas nur den bekannten norwegischen Ressourcen von 1,53 Billionen Kubikmetern nachsteht.

Unentdeckte Gasfelder

Dennoch liegen die enormen Energiereserven der Ukraine bis jetzt zu einem großen Teil brach. Die Ukraine verbraucht pro Jahr bis jetzt nur etwa zwei Prozent ihrer bekannten Vorkommen. Darüber hinaus könnte eine intensivere Exploration eventuell noch unentdeckter Gasfelder das Gesamtvolumen nutzbarer ukrainischer Vorkommen weiter erhöhen – womöglich gar erheblich.

Die EU würde von einem neuen Energiepartner in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft stark profitieren.

Bis zum Beginn der Corona-Krise belief sich der durchschnittliche jährliche Gesamtverbrauch der Ukraine auf rund 32 Milliarden Kubikmeter. Von diesem Gesamtjahresbedarf wurden Jahr für Jahr etwa 10 Milliarden Kubikmeter durch Importe gedeckt. Die Gegenüberstellung dieser Volumina mit den oben genannten Zahlen legt die Möglichkeit einer geradezu revolutionären Zukunft für den Energiesektor der Ukraine nahe.

Die EU wird gemäß einigen Schätzungen im Jahr 2030 rund neunzig Prozent des von ihr verbrauchten Gases importieren müssen. Daher wird Brüssel im nächsten Jahrzehnt bestrebt sein, die Quellen und Routen der europäischen Gasversorgung zu diversifizieren. In einem solchen Kontext werden auch kleinere, bereits heute aktive oder potentielle künftige Exporteure wie die Ukraine für Brüssel interessant. Ihre Lieferungen können die Abhängigkeit der EU von den dominanten Akteuren im Energiebereich verringern und die europäische Verhandlungsposition gegenüber den Großexporteuren stärken.

In den letzten Jahren hat die Ukraine, oft auf Druck des Internationalen Währungsfonds (IMF), vormals verzerrende staatliche Eingriffe in ihren internen Gasmarkt abgebaut. Kiew hat Marktpreise für die Bevölkerung eingeführt und subventioniert nicht mehr ausnahmslos alle Privathaushalte. Diese neue und wirtschaftlich tragfähigere Situation in der Energiewirtschaft der Ukraine dürfte aus- und inländisches finanzielles Engagement in der ukrainischen Gasförderung und -exploration attraktiver machen, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Das Investitionsklima wird sich wieder verbessern, wenn sich die europäischen Energiemärkte vermutlich im Zuge einer weltweiten Eindämmung der Covid-19-Pandemie ab 2021 zu erholen beginnen.

Umfassende Infrastrukturen

Die Ukraine verfügt über eine der am besten entwickelten und umfassendsten Infrastrukturen zum Gastransport sowohl in Bezug auf ihre Inlandversorgung als auch für ausländische Kundschaft. Das riesige ukrainische Gastransitsystem stellt ein Erbe der sowjetischen Energieexpansion nach Europa und der deutschen Neuen Ostpolitik der 1970er Jahre dar.

Fortsetzung auf S. 9

Fortsetzung von S. 8

Ein weiterer wichtiger Teil der mehrdimensionalen ukrainischen Gasinfrastruktur sind die gewaltigen unterirdischen Gasspeicher des Landes. Die gesamten, derzeit nur teilweise genutzten ukrainischen Kapazitäten zur Speicherung von Erdgas belaufen sich auf mehr als 31 Milliarden Kubikmeter. Damit kann die Ukraine fast einen Drittel zu den derzeit rund 100 Milliarden Kubikmetern Speicherplatz hinzufügen, die alle EU-Mitgliedstaaten zusammengenommen haben. In den ersten neun Monaten des Jahres 2020 pumpten internationale Energieunternehmen bereits 7,9 Milliarden Kubikmeter zur Speicherung in die Ukraine. Dies ist ein Umfang, der jetzt schon um ein Vielfaches höher liegt als die Menge ausländischen Gases, die während des gesamten Jahres 2019 in der Ukraine eingelagert wurde.

Eine weitere Energieform mit großem Potential in der Ukraine ist Biogas. Derzeit verfügt das Land über ausreichende Kapazitäten, um jährlich etwa 10 Milliarden Kubikmeter Biogas zu produzieren. Diese Menge entspricht etwa der Menge an Erdgas, welche die Ukraine jedes Jahr importiert. Angesichts des derzeit wachsenden Landwirtschaftssektors der Ukraine könnte die Kapazität zur Produktion von Biogas weiter zunehmen. Bei der Mischung von Biogas mit Wasserstoff entsteht Biomethan, eine besonders umweltfreundliche Energieform.

Eine Steigerung der ukrainischen Inlandsproduktion von Erdgas, Biogas und Biomethan würde die Abhängigkeit der Ukraine von Energieimporten nicht nur verringern, sondern aufheben. Sie kann einen neuen exportorientierten Zweig der ukrainischen Wirtschaft schaffen und Impulse für stärkeres Wachstum in anderen Industriesektoren geben. Die EU würde ebenfalls stark von einem neuen Energiepartner in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft profitieren.“

Quelle: https://www.nzz.ch/meinung/vergessen-gegangen-die-ukraine-sitzt-auf-riesigen-gasreserven-ld.1580844

RÜCKBLICK: Auszug: SPIEGEL-Online vom 16. Juni 2014

„Neuer Gaskrieg mit Rußland:
Kiews riskanter Milliarden-Poker

Jetzt sind die Gashähne wieder zu: Moskau und Kiew fechten den dritten Gaskrieg seit 2006 aus. Die Regierung in der Ukraine gibt sich kompromißlos, weil sie Amerika und die EU an ihrer Seite glaubt.

Die Kriegserklärung kam trocken daher. Vom »Übergang zum System der Vorauskasse« war die Rede im Statement des russischen Gasriesen Gazprom. Konzern-Sprecher Sergej Kuprijanow brachte es dann etwas später für alle verständlich auf den Punkt: Die Ukraine »zahlt nichts, dementsprechend werden wir auch nichts liefern«.

Nach Meldungen ukrainischer Nachrichtenagenturen hat Rußland die Gaslieferungen an den krisengeschüttelten Nachbarn bereits eingestellt. Am Montag war ein Gazprom-Ultimatum abgelaufen. Nächtliche Vermittlungsversuche von EU-Energiekommissar Günther Oettinger brachten keinen Durchbruch. Beide Seiten bezichtigten sich gegenseitig der Erpressung. Kiew habe sich "nicht konstruktiv" in den Verhandlungen gezeigt, das werde sich »extrem negativ auf die Wirtschaft der Ukraine auswirken«, warnte Rußlands Premierminister Dmitrij Medwedew.

Damit steuern Kiew und Moskau auf den dritten Gaskrieg zu; ähnliche Konflikte hatte es bereits 2006 und 2009 gegeben, damals wurden auch Mitgliedstaaten der EU in Mitleidenschaft gezogen. Gazprom-Chef Alexej Miller warnt schon vor »signifikanten Risiken« für Gaslieferungen an Kunden in Europa.

Doch welche Folgen haben die Europäer jetzt im Einzelnen zu befürchten. SPIEGEL-ONLINE beantwortet die wichtigsten Fragen:

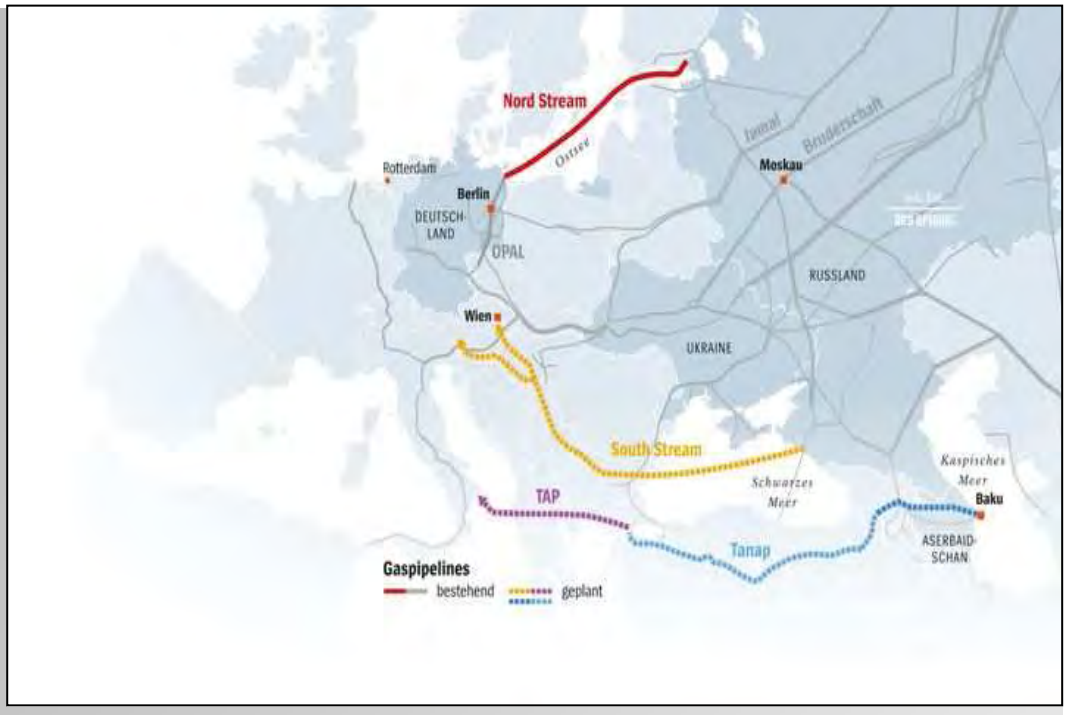
Woran sind die Verhandlungen gescheitert?

Vor allem am Preis, aber nicht nur. Unter Präsident Wiktor Janukowitsch hatte die Ukraine zuletzt 268 Dollar pro tausend Kubikmeter Erdgas bezahlt. Nach dessen Sturz erhöhte Gazprom in zwei Stufen auf 485 Dollar, mehr zahlt kaum ein Land in Europa.

EU-Kommissar Oettinger hatte über Wochen nach Lösungen gesucht. Ein Kompromiß sah 385 Dollar pro Tausend Kubikmeter für ein Jahr vor, das entspricht in etwa dem Preis, den auch Deutschland zahlt (379 Dollar). Die Ukraine lehnte das als zu teuer ab. Kiew störte sich auch daran, daß die russische Regierung den Rabatt per Beschluß festlegen sollte, die Rede war von »politischer Preisbildung«.

Fortsetzung auf S. 10

Fortsetzung von S. 9



Oettinger schlug dann 326 Dollar vor. Die Ukrainer stimmten zu, aber Gazprom nicht. Ungelöst ist auch die Frage der ausstehenden Schulden der Ukraine. Gazprom beziffert sie auf 4,5 Milliarden Dollar, ein Drittel davon stammt aus den Monaten November und Dezember 2013, zwei Drittel liefen nach russischer Ansicht nach der Preiserhöhung im April und Mai auf.

Entscheidend für das Scheitern der Verhandlungen aber dürften die politischen Gräben sein, die sich seit dem Sturz der Regierung Janukowitsch zwischen Rußland und der Ukraine gebildet haben. Oettinger schlug dann 326 Dollar vor. Die Ukrainer stimmten zu, aber Gazprom nicht. Ungelöst ist auch die Frage der ausstehenden Schulden der Ukraine. Gazprom beziffert sie auf 4,5 Milliarden Dollar, ein Drittel davon stammt aus den Monaten November Entscheidend für das Scheitern der Verhandlungen aber dürften die politischen Gräben sein, die sich seit dem Sturz der Regierung Janukowitsch zwischen Rußland und der Ukraine gebildet haben.

Warum sind Gasverhandlungen zwischen Rußland und der Ukraine so brisant?

Die Atmosphäre ist seit der Maidan-Revolution vergiftet. Mit der Krim hat die Ukraine auch Gasfelder in der Schwarzmeerregion verloren, die Verluste würde Kiew Moskau am liebsten in Rechnung stellen. Präsident Wladimir Putin hat den ukrainischen Verhandlungsführer vor einem Millionenpublikum im TV als korrupt und käuflich geschmäht. Kiews Energieminister Jurij Prodan habe einen »vielsagenden Namen«, so Putin. Prodan bedeutet auf Russisch »verkauft«. [. . .]

Lücken in der Versorgung sind mittelfristig dennoch nicht zu befürchten. Gazprom hat versprochen, Lieferverpflichtungen gegenüber EU-Staaten zu erfüllen. Deutschland wird zudem über die Nordstream-Pipeline in der Ostsee versorgt, sie umgeht die Ukraine. Das Bundeswirtschaftsministerium weist daraufhin, daß die Pipeline derzeit nur zu zwei Dritteln ausgelastet sei. "Engpässe könnten so unter anderem über die Nordstream-Pipeline über zusätzliche russische Mengen ausgeglichen werden", sagte eine Sprecherin.

Hinzu kommt der geringe Verbrauch im Sommer. Der letzte Gaskrieg dagegen war im Winter 2009 ausgetragen worden. Die Ukraine zapfte damals für Kunden in Europa bestimmtes Gas aus Transitleitungen ab. In der Folge blieben damals viele Wohnungen in Südeuropa kalt.

Europas Gasspeicher sind zudem gut gefüllt. [. . .] Die Reservoire in Deutschland fassen bis zu 23 Milliarden Kubikmetern und sollen zu drei Vierteln voll sein. Auch die Ukraine hat Vorräte von 12 bis 14 Milliarden Kubikmetern gebunkert. »Die nächsten Wochen werden kein Problem«, sagt Oettinger. Je nachdem wie sich die Ukraine weiter verhalte »hätten wir aber bei einem kalten Winter ein Problem«.

Wie geht es weiter?

EU-Kommissar Oettinger will noch im Juni die Verhandlungen wieder aufnehmen. Möglich ist aber auch, daß am Ende Gerichte entscheiden: Denn Gazprom hat eine Klage bei einem internationalen Schiedsgericht in Stockholm eingereicht. Kurz darauf reichte auch der ukrainische Konzern Naftogaz eine Klage gegen »zu hohe Preise« ein. Nach Einschätzung des deutschen Gasexperten Roland Götz aber hat »rechtlich wohl Rußland die besseren Karten«.“

Quelle: SPIEGEL-Online am 16. Juni 2014:

https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/neuer-gaskrieg-mit-russland-kiews-riskanter-milliarden-poker-a-975488.html

Vor fast neunzig Jahren: Verheerende Hungersnöte in der „Kornkammer Europas“

Unter dem Begriff *Holodomor* (ukrainisch: Tötung durch Hunger) ist eines der schlimmsten Kapiteln in der Geschichte der Sowjetunion bekannt, das erst mit Gorbatschows Perestroika in Rußland öffentlich wurde, aber historisch noch einer lückenlosen Aufarbeitung harrt.

In einen lesenswerten Artikel erinnert DER STANDARD vom 26. Mai 2022 an dieses unrühmliche Kapitel der 1930er:

„Die Hungersnot war nicht natur-, sondern menschengemacht. Sie war eine direkte Folge der Zwangskollektivierung der sowjetischen Landwirtschaft und betraf nicht nur die Ukraine, sondern auch Kasachstan, Kuban und das Gebiet der Wolgadeutschen. In der Ukraine bestrafte Stalin die rebellischen Bauern, die Kulaken, aber zusätzlich. 1931 ließ er bis zu 42 Prozent der Getreideernte abtransportieren. Tonnenweise ließ er Weizen in den Dnjepr schütten. Die Folge war verheerend: Vor allem die Landbevölkerung hatte bald nichts mehr zu essen; hungernd zog sie in die Städte“ (https://www.derstandard.de/story/2000136037124/stalins-verdraengter-massenmord-in-der-ukraine

Diese paar Sätze sollen auf den hier folgenden Beitrag: **„Muß Russland hungern“** einstimmen; dieser weist daraufhin, daß die Systematik des Hungers als politischer Waffe seitens Rußlands nicht ganz neu ist und dem interessierten Publikum im Westen seinerzeit durchaus bekannt war.

Die Red.

Auszug aus der von Viktor Orendi-Hommenau in Temeswar (Rumänien) herausgegebenen Zeitschrift „Von der Heide“ (Nummer 3-4/1937, Beilage, S. 4-6)

„Muß Rußland hungern

Unter obigem Titel veröffentlicht Oskar Wittstock in der Sonderausgabe der **»Kirchlichen Blätter«**, die in tausenden von Exemplaren **»Wider die Gottlosigkeit«** verbreitet wurde, den nachfolgenden zeitgemäßen Aufsatz:

Angesichts der unheimlich sich steigernden Gefahr der Weltrevolution ist es Pflicht jedes Gebildeten, sich über den Gegner genau aufklären zu lassen, der die Vernichtung der westeuropäischen Kultur und die Ausrottung des Christentums auf seine Fahne geschrieben hat. Hierüber unterrichtet in ungemein gründlichen Art das Werk des vor Kurzem verstorbenen Generalsekretärs der Nationalitätenkongresse Dr. Ewald Ammende »Muss Rußland hungern?«, das unendlich viel mehr bietet, als der Titel vermuten läßt. Dieses Buch, dessen Verfasser auf Grund zahlreicher, ausgedehnter Reisen zu den hervorragendsten Kennern des moskowitischen Reiches gehörte, bietet eine unanfechtbare Analyse der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse des heutigen Rußland. Sein Verfasser, der als Balte von Geburt des Russischen völlig mächtig war [. . .]

In der ersten Hälfte seines grundlegenden Werkes entwirft Ammende ein ergreifendes Bild der furchtbaren Hungerkatastrophen, die Rußland seit nahezu zwei Jahrzehnten bedrängen und die auch in den Sommern 1933, 1934 und 1935 nicht ausgeblieben sind. [. . .] Überzeugend weist Ammende nach, daß der Hauptgrund in der mit entsetzlicher Brutalität durchgeführten Kollektivisierung aller Zweige der Wirtschaft zu erblicken ist. Die Sozialisierung hat bekanntlich vor der Landwirtschaft nicht Halt gemacht. Man hat allen Bauern den von ihren Vätern ererbten Grund und Boden fortgenommen, und heute müssen sie Zwangsarbeit verrichten.

Im Herbst werden regelmäßig sämtliche Getreidemengen der neuen Ernte den Bauern abgenommen; von der Ernte des Vorjahres, nebenbei gesagt, ist selbstverständlich kein einziges Körnchen mehr vorhanden. Sämtliche requirierten Vorräte werden, soweit sie nicht Heereszwecken oder den »privilegierten Klassen der Staatsbürger« dienen, ins Ausland verkauft. Weiteste Kreise der Landleute und Ungezählte der »nichtprivilegierten« städtischen Schichten werden dadurch um ihr Existenzminimum gebracht und bleiben ohne Bedenken der Not und dem Hunger überlassen. Nicht selten kaufen die Bauern Getreide im Winter zu einem Preis zurück, der zwölfmal höher ist als der Verkaufspreis, den die staatlichen Beamten ihnen im Sommer einhändigten. Wenn aber die obendrein durch Steuern und Schulden arg heimgesuchten Bauern solch unerschwingliche Preise nicht aufbringen können, bleiben sie dem Hunger überlassen.

Fortsetzung auf S. 12

Fortsetzung von S. 11

Die Moskauer Regierung steht auf dem Standpunkt, daß dieses Opfern riesiger Menschenmassen, das die Zahl von 10 Millionen bereits übersteigt, gerechtfertigt ist, da es sich um die »Verwirklichung des kommunistischen Ideals« handelt. In Wahrheit liegen die Dinge so, daß Stalin die durch den skrupellosen Getreideexport ins Land hereinfließenden Milliarden für zwei Hauptzwecke benötigt: für die Vervollkommnung der Armee, der Flotte und der Luftflotte und für die Beschaffung riesiger Propagandamittel zwecks Entfesselung der Weltrevolution. Ein ganzes Netz raffiniert ausgedachter staatlicher Maßnahmen lernt der Leser kennen, z. B. Bezug der Nahrungsmitte und Kleider usw. auf Grund von Vorzugskarten, Requirierung der Lebensmittel vom Produzenten usw., deren Zusammenwirken zur Folge hat, daß der Faktor Brot in der Sowjetrepublik eine politische Angelegenheit erster Ordnung geworden ist [in unseren früheren „Kurier"-Ausgaben sind wir auf die Hungersnot der wolgadeutschen Kolonisten Anfang der 1920er eingegangen].

Zwei Welten haben sich dort allmählich herausgebildet. Auf der einen Seite befinden sich etwa 2 – 3 Millionen der Träger des Staates, die Angehörigen der Partei, ihnen steht die unübersehbare Waffe [Masse] der unterernährten, hungernden Nichtprivilegierten gegenüber. Ihr beklagenswertes Los ist den Moskauer Machthabern bekannt, diese aber meinen, daß *ihr Land über genügend große Menschenreserven verfüge,* so daß der *Verlust einiger Millionen nichts ins Gewicht falle [Kursiv: Hervorhebung durch die Red.]*.

Mit derselben Konsequenz, mit der Stalin den *»Hunger als politische Waffe« gegenüber allen »klassenfeindlichen Elementen« anwendet,* benützt er ihn gegen die zahlreichen Nationalitäten seines Riesenreiches. Nach der Auffassung Moskaus lassen sich die nationalkulturellen Bestrebungen eines Volkstums mit dem Ideal der „Kommunistischen Internationale", der Verbundenheit des Weltproletariats schlechterdings nicht in Einklang bringen. Von dieser Einstellung geleitet, führt die oberste Staatsleitung seit Jahren einen systematischen *Vernichtungsfeldzug im Inneren des Landes*, der im Zeichen der Verbannungen, Hinrichtungen und der Aushungerung steht. *Er richtet sich in gleicher Weise gegen Ukrainer, Deutsche, Finnen, Esten, Letten, Litauer, Polen, und gegen die kaukasischen Völker,* kurz, gegen jede nationale Gruppe, deren Glieder treu zu ihrem Volkstum und zu ihrer Religion stehen.

Die folgenden Abschnitte des Bandes »Propagandamethoden« und »Herriots Kronzeugnis« sind in ihrer Art ebenso aufschlußreich und fesselnd. Sie enthüllen systematisch die Methoden und Schliche, mit deren Hilfe es Moskau bis heute gelingt, die wahre Lage im Sowjetstaat vor der Weltöffentlichkeit zu verschleiern. Das vorletzte Kapitel bringt hochbedeutsame Äußerungen herbster Kritik. In ihm werden die Ursachen dargelegt, die zur Folge haben, daß die Staaten im Westen die Beziehungen zur Sowjetunion eifrig pflegen, obwohl Moskau unablässig *die Revolutionierung der bürgerlichen Welt als unverrückbares Ziel* verkündet. Zwei Gründe wirken sich hier vor allem unheilvoll aus, erstens das wirtschaftliche Moment, *das skrupellose Streben nach dem Geschäft mit den Sowjets*. Indem sie der Fata Morgana russischer Aufträge nachjagen, setzen Wirtschaftskapitäne der verschiedensten Völker für *vorübergehende Vorteile die Grundlagen der Wirtschaftsordnung ihrer Länder auf's Spiel,* ja sie sind zum Teil bereit,sie zu opfern. Der zweite ausschlaggebende Umstand, der bewirkt, daß ein Wettlauf um die Gunst Moskaus sich herausbildete, ist politischer Natur, er liegt in dem tragischen Zwist, in dem die europäischen Staaten sich seit dem Weltkrieg befinden. Aus ihm hat Rußland in all diesen Jahren *die größten Vorteile gezogen,* denn er ermöglichte es den moskowitischen Machthabern, erfolgreich ihre *Außenpolitik an der Losung divide et impera zu orientieren* [. . .].

[Das Werk] ragt zunächst durch genaue Schilderungen der bestehenden Verhältnisse hervor, deren wahres Wesen durch die Sowjetpresse und den Moskauer Rundfunk unausgesetzt verschleiert wird. Es gibt zugleich kaum eine spannendere und erschütterndere Lektüre als dieses Buch, das dem Leser Einblick in die Einzelheiten einer Katastrophe gewährt, die ihresgleichen in der Geschichte vergebens sucht. Zugleich aber übermittelt es eine Fülle hochbedeutsamer politischer Einsichten, die angesichts der Tatsache, daß Rußland ständig am Werk ist, die Weltrevolution zu entfesseln, weiteste Verbreitung verdienen. »Muß Rußland hungern« darf als das politische Testament Ammendes bezeichnet werden, eines Mannes, dessen politischer Weitblick durch die Bolschewisierung [. . .].

In einem bedeutsamen Schlußkapitel untersucht Ammende alle Mittel und Wege, die für eine großzügige internationale Hilfsaktion in Betracht kommen, damit den Millionen Hungernden Rußlands Linderung gebracht werden könne [. . .]"

Rumänien war an der Seite der Entente aus dem Ersten Weltkrieg als Sieger hervorgegangen, neben dem Banat und Siebenbürgen erhielt es auch Bessarabien – fast deckungsgleich mit der heutigen Republik Moldau – und die Bukowina, als Teile des historischen Galiziens auf dem heutigen Gebiet der Ukraine.
Anm. der Red.

Die Reichsgründung 1871:
Der steinige Weg zum Deutschen Zollverein
Teil 10

In den letzten Betrachtungen des Einigungsweges des Deutschen Reiches wurden insbesondere die politischen Entwicklungslinien nach der Revolution von 1848/49 beleuchtet. Die ökonomischen Dimensionen kamen hierbei etwas zu kurz. Dabei spielten gerade die fortschreitende Industrialisierung und die rapide Entwicklung des Eisenbahnwesens eine wichtige Rolle in der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung.

Die deutschen Einzelstaaten begannen 1818 sich eine seinerzeit moderne, konstitutionelle Verfassung zu geben, die zwar eine Menge liberaler Elemente enthielten, aber für die weitere wirtschaftliche Entwicklung unzulänglich waren: Für den Übergang zur industriellen Fabrikproduktion und die Revolution des Verkehrswesens durch die Eisenbahn waren die in den nächsten 15 bis 20 Jahren eingeführten deutschen Verfassungen nicht ausreichend. So besaßen die deutschen Mittelstaaten zwar Verfassungen,

> *„auf deren Grundlage Reformen mancher Art, besonders solche mit dem Ziel der Steuergleichheit und der Bauernbefreiung, durchgeführt werden konnten. Das ging nicht ohne weitere Erschütterungen ab: in Kurhessen konnten sich ein Vertrauensverhältnis zwischen Volk und Herrscher nicht entwickeln, in Hannover hob 1837 König Ernst August, seit 1714 der erste hannoversche Herrscher, der nicht zugleich auch in England regierte, das Grundgesetz von 1833 mit einer Begründung auf, welche auf die alten Zeiten der Behandlung des Staates als Familiengut zurückgriff. Da er diese ganz reaktionäre Maßnahme mit einer Steuervergünstigung verband, fügte sich das Volk“ (Treue, S. 521).*

Auch wenn das Heilige Römische Reich Deutscher Nation der heutigen Bundesrepublik Deutschland eine *bundesstaatliche* Grundstruktur vererbte, ist es Fakt, daß es auch die *Vielstaaterei* vermachte, die auch im Deutschen Bund weiterbestand: Die Einzelstaaten pochten weiterhin auf ihrer Zollhoheit, eines ihrer bedeutendsten Einkommensquelle. Entsprechend sahen Ökonomen den Ausweg für einen wirtschaftlichen Aufschwung in einer deutschen Zollunion.

Einer der bedeutendsten zeitgenössischen Ökonomen und Förderer des Eisenbahnwesens war Friedrich List; in seinem Hauptwerk *Das nationale System der Politischen Ökonomie* (1841) sah er in der *Industrialisierung* den Grundpfeiler für das Gemeinwohl. Bereits 1819 trat Friedrich List für die deutschen Zolleinheit ein. In der von ihm mitunterzeichneten Petition vom 14. April 1819 des „Allgemeinen Deutschen Handels- und Gewerbevereins“ an die „Erhabene Bundesversammlung“ ist zu lesen:

> *„Wir unterzeichneten, zur Messe in Frankfurt versammelten deutschen Kaufleute und Fabrikanten nahen uns, tiefgebeugt durch den traurigen Zustand des vaterländischen Handels und Gewerbes, diesem höchsten Vorstand deutscher Nation, um die Ursachen unseres Leiden zu enthüllen und Hilfe zu erflehen [. . .]*
> *Achtunddreißig Zoll- und Mautstellen in Deutschland lähmen den Verkehr im Inneren und bringen ungefähr dieselbe Wirkung hervor, wie wenn jedes Glied des menschlichen Körpers unterbunden wird [. . .]*
> *Die alleruntertänigsten Unterzeichneten [. . .] wagen es [. . .] einer hohen Bundesversammlung die alleruntertänigste Bitte vorzutragen:*
> *1. Daß die Zölle und Mauten im Inneren Deutschlands aufgehoben, dagegen aber*
> *2. ein auf dem Grundsatz der Retorsion [lateinisch: retorquere = zurückdrehen] beruhendes Zollsystem gegen fremde Nationen aufgestellt werden möchte, bis auch sie den Grundsatz der europäischen Handelsfreiheit anerkennen . . .“ (Hardtwig; Hinze, S. 147f.)*

Durch das preußische Zollgesetz von 1818 hatte Preußen alle Binnenzölle aufgehoben, trat damit als ein klar umrissener, einheitlicher Wirtschaftsraum auf. 1828 gelang es dem preußischen Minister Motz, den ersten Zollvertrag mit Hessen-Darmstadt abzuschließen. Gleichzeitig schlossen Bayern und Württemberg den *Süddeutschen Zollverein*. Zudem bildeten Hannover, Kurhessen, Sachsen, Nassau, Braunschweig, Frankfurt am Main, Bremen, Sachsen und die thüringischen Kleinstaaten einen Mitteldeutschen Handelsverein; dieser löste sich nach dem Anschluß Kurhessens an den preußisch-hessischen Zollverein 1831 auf.

Am 22. März 1833 gelang die Einigung des Süddeutschen Zollvereins mit dem preußisch-hessischen; diesem schlossen sich Sachsen und die thüringischen Staaten an. So konnte am 1. Januar 1834 der Deutsche Zollverein ins Leben gerufen werden. Daneben bildete sich noch der Steuerverein zwischen Hannover, Braunschweig und Oldenburg. Baden, Frankfurt am Main und Nassau traten 1836, Braunschweig und Luxemburg 1842 dem Deutschen Zollverein bei. In den Jahren 1851 – 1854 kam es auch zu einem Ausgleich mit dem Steuerverein.

Wie erwähnt, versuchte Österreich den Deutschen Zollverein mit einer Zollvereinigung des engeren Deutschlands zu ersetzen, dies mißlang. Die weitere Entwicklung des Deutschen Zollvereins wurde von den Einigungskriegen ab 1864 überschattet.

Der Deutsche Zollverein begründete hiermit *wirtschaftspolitisch* den Einigungsprozeß und beschleunigte durch diese ökonomischen Zwangsläufigkeiten die deutsche Einheit 1871 unter preußischer Führung.

Literatur

Wolfgang Hardtwig; Helmut Hinze (Hrsg.): Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Band 7: Vom Deutschen Bund zum Kaiserreich 1815-1871, Stuttgart 1997.
Wilhelm Treue: Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zum Ende der Ära Adenauer, 5. durchges. und erw. Aufl., Stuttgart 1978.

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

Erinnern

Der letzte Zwangsarbeiter

„Darf ich mich zu Ihnen setzen?“, fragte mich der freundliche ältere Herr. Er sprach sehr gut Deutsch mit holländischem Akzent. Ersichtlich war er ein welterfahrener, soignierter Herr, groß, weißhaarig, kluge blaue Augen. Im Gespräch in jenem Budapester Hotel erzählte er mir, daß er in zwei Tagen seinen 93. Geburtstag feiern werde. Er sei mit einer Reisegruppe nach Ungarn gereist, um nicht alleine zu sein.

Ich stellte mich als Deutscher aus dem Rheinland vor – unweit der niederländischen Grenze. Ach ja, Deutschland, sagte er. Viel erlebt habe er in Deutschland und mit den Deutschen. Vorwiegend Gutes. Ich staunte nicht schlecht, als er mir eröffnete, er sei während des Krieges Zwangsarbeiter gewesen. Wie könne er dann so gut über Deutschland und die Deutschen reden? Nun, was weitgehend unbekannt sei, die Deutschen hätten so etwa ab 1942 in großem Maße Arbeiter im Ausland angeworben, um die Mitarbeiter in den Fabriken zu ersetzen, die als Soldaten eingezogen worden seien. Mit guten Löhnen, dem Versprechen auf Sozialleistungen und Renten seien Arbeiter in Holland und Belgien, in Frankreich und in Polen angeworben worden. Er sei damals jung und ohne Arbeit gewesen und habe sich anwerben lassen. In Berlin habe er in einer Fabrik Arbeit mit sehr guten Arbeitsbedingungen gefunden. Der Lohn sei pünktlich geflossen – und deutlich höher als in Holland war er auch.

Schlimm seien dann aber die häufigen Bombardierungen gewesen. Die Angst um das Leben und die Gesundheit, doch irgendwie habe er sich, wie alle anderen, damit arrangieren können. Langsam habe sich die Arbeit dann auch gewandelt. Die bis dahin freiwillige Arbeit sei mehr und mehr zu einer Zwangsarbeit geworden – er habe Feuer löschen, Personen bergen und Schutt beseitigen müssen. Und dennoch habe das alles noch sein Gutes gehabt. Nun zwinkerte er mir vertraulich zu. Jung sei er gewesen, und zu jedem Abenteuer bereit. Und die Berliner Mädels – nun, sie seien auch jung gewesen, und die Männer waren im Feld . . . Er sei damals schlank, groß, blond und blauäugig gewesen und habe dem Idealbild des deutschen Mannes entsprochen. Es sei eine wunderschöne Zeit gewesen. Ja, ich, der Verfasser dieses Beitrags, weiß, daß es heute politisch nicht korrekt ist, die Attribute „schlank, groß, blond und blauäugig“ zu benennen. Aber ich berichte ja nur, ich berichte von dem, was mir ein 92-jähriger Holländer in Budapest anvertraute. Er nahm das Vorrecht eines „alten weißen Mannes“ für sich in Anspruch, keine Rücksichten mehr nehmen zu müssen, nicht mehr politisch korrekt sein zu müssen. Einfach wahrheitsgetreu zu berichten. Ob wir dafür alle so alt werden müssen?

Wilhelm Kreuer

Bild: Plakat der deutschen Besatzer in Frankreich zur Anwerbung von Arbeitskräften für Betriebe im Deutschen Reich

Paris, um 1942, 159,4 x 118,8 cm

© Deutsches Historisches Museum, Berlin, Inv.-Nr.: P 90/8091

Buchbesprechung

Klaus Bachmann: „Ein Herd der Feindschaft gegen Rußland“: Galizien als Krisenherd in den Beziehungen der Donaumonarchie mit Rußland (1970—1914) - Wien: Verl. Für Geschichte und Politik; München: Oldenbourg, 2001 (Schriftenreihe des Österreichischen Ost– und Südosteuropa-Instituts; Bd. 25), Zugl.: Warschau, Univ., Diss, 1999.

Klaus Bachmann schließt mit seinem 2011 erschienen Buch, das auf einer Dissertation an der Jagiellonischen Universität in Krakau aufbaut, eine Forschungslücke zur ruthenischen (ukrainischen) Irredenta unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg.

Gerade der seit dem Zerfall des Sowjetstaates schwelende und immer wieder in kriegerischen Auseinandersetzungen gipfelnde Konflikt, ist ohne eine tiefgehende Betrachtung der Vorgeschichte der im Jahre 1917 aus der Taufe gehobenen Staatswerdung der Ukraine unverständlich.

Das ehemalige Kronland Galizien und Lodomerien fiel erst im Laufe der 2. polnischen Teilung an Österreich. Entsprechend war das polnische Aufbegehren gegen die drei Teilungsmächte – Österreich, Preußen und Rußland – bis zur zweiten polnischen Republik 1918 virulent.

In Galizien beabsichtigte Österreich-Ungarn – von Nationalitätenkonflikten gebeutelt – sogar die Einführung des Polnischen als Amtssprache. Solchen Überlegungen stand das Zarenreich nicht nur skeptisch gegenüber, im russischen Machtbereich des Kongreßpolens und den Galizien angrenzenden Regionen wurde nicht nur das Polnische, sondern auch die Sprache und Gebräuche des Ruthenischen – wie die Ukrainer vor dem Weltbrand von 1914 genannt wurden, massiv unterdrückt.

Die polnische Unabhängigkeitsbewegung operierte aus Galizien auch gegen die an Preußen und Rußland verlorenen polnischen Regionen. Bachmann beleuchtet insbesondere diese Vorkriegssituation und die entsprechenden außenpolitischen Verwicklungen des Habsburgerreiches.

Die Ruthenen wurden von diesen Bestrebungen der Polen animiert und forderten ebenfalls einen Ausgleich mit Wien; dabei ging es vor allem um die Frage einer ruthenischen Universität in Lemberg (ukrain. Lwiw, poln. Lwów) und die Reform des galizischen Landtagwahlsystem. Zu dem erhofften Ausgleich kam es auch darum nicht, denn mit den Balkankriegen verschärfte Rußland seine Aktivitäten in der heutigen Westukraine.

Durch die Intensivierung russischer Aktivitäten auch auf dem Balkan und dem Ausbruch des Weltkrieges wurden auch alle Hoffnungen auf einen Ausgleich in Galizien auf dem Verhandlungswege ad acta gelegt: Der Druck auf die Hofburg wurde so groß, daß sie einem unabhängigen ukrainischen Staat – von deren „Kornkammer“ erhoffte man sich seitens der Mittelmächte schon seinerzeit Wunder – zustimmten.

Das ukrainische Streben nach Unabhängigkeit von Rußland im Osten ist ohne diese Vorgeschichte der Westukraine nicht zu verstehen; Klaus Bachmann bringt uns diese näher.

H. K.

VAdM—Reiseziel:

Danzig: Eine Reise in die Geschichte

Erstmals wurde Danzig, der Hauptort des Herzogtums Pommerellen, 997 erwähnt; 1236 entstand neben der Burg die deutsche Stadt mit eigenem Stadtrecht. 1309 kam die Stadt an den Deutschen Orden, 1361 trat es der Hanse bei.
Mit dem Niedergang des Ritterordens konnte sich Danzig 1454 von diesem lösen. Der Danziger Paul Beneke zeichnete sich durch verwegene Kasperfahrten im Krieg der Hanse gegen England (1469 - 1474) aus.
Relativ früh trat Danzig der Reformation bei. Im Konflikt mit dem König Stephan Báthory 1576/66 verteidigte die Hansestadt ihre Vorrechte. Durch die Aufnahme des Kronprätendenten Stanislav Leszczynsky geriet Danzig im Polnischen Erbfolgekrieg zwischen die Fronten und wurde 1734 von den Russen eingenommen.
Im Zuge der zweiten polnischen Teilung kam die Stadt an Preußen. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Danzig 1920 vom Deutschen Reich abgetrennt und zum Freistaat. Nach dem Zweiten Weltkrieg fiel die Stadt an Polen.
Durch seine zentrale Lage im Gravitationsfeld der Mächte Preußen, Rußland, Polen und Schweden spielte Danzig eine bedeutende Rolle als Verhandlungsort, so z. B. war das Kloster Oliva Namensgeber für den Frieden von Oliva (Mai 1660), der die schwedische Oberhoheit in der Ostsee gegen den polnisch-litauischen König Johann II. Kasimir für Jahrzehnte begründete.
In der jüngeren Geschichte kam Danzig durch den Werften-Streik der Solidarność 1980 erneut in die Schlagzeilen.

Bilder aus Danzig:
Links oben: Danziger Altstadt;
Links unten: Große Mühle;
Oben: Hevelius-Denkmal, Altstädtisches *Rathaus.*

(Fotos: Joachim Scheuring)

HOH(L)SPIEGEL:

Danke für ihren wichtigen Einsatz für die vertriebenen Deutschen aus dem Osten Europas und aus der ehemaligen Sowjetunion

schrieb Herr F. S. aus Berlin
HK

Bildnachweis:

Karte S. 1: Sturbeck: Gas-auf-neuen-Wegen-FAZ-13Jul2010. Alle weiteren Bilder und Graphiken stammen—wenn nicht extra gekennzeichnet - aus Privatsammlungen oder von offiziellen AfD-Seiten.

Red./HK

Impressum

SPRECHER Herbert Karl:
0175 9036144
SPRECHER Vadim Derksen:
0176 82072670

STELLV. SPRECHER :
Martina Kempf
Martin Schmidt, MdL

ANSCHRIFT:
Grösselbergstr. 7
75331 Engelsbrand

SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Calw I
BAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65
www.vadm-afd.de

E-Mail:
kontakt@vadm-afd.de